

sen sein, der ungeachtet seines bisher unaufhaltsamen Autoritätsverlustes immer noch den stabilsten Faktor im politischen Institutionensystem darstellt. Dies gilt um so mehr, als die Parteien, die in den Sejm gewählt wurden, für sich schon klein genug, teilweise schon den Keim des Zerfalls in sich tragen, da sie bereits Koalitionen unterschiedlicher Orientierung sind, die sich nur für die Parlamentswahlen zusammenschlossen. Jetzt sind Spaltungen sowie neue Koalitionen und Zusammenschlüsse möglich.

Jede neue Regierung in Polen muß sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten stellen. Sie wird das *Wirtschaftsreformprogramm*, das 1989 in die Wege geleitet wurde, mit Abstrichen fortführen müssen. Aufgrund der inneren Heterogenität und Schwäche jeder Regierungskoalition werden aber die Signale, die ihre Vertreter nach innen und an die Außenwelt senden werden, widersprüchlicher werden. Die Situation wird vor allem dann komplizierter für

die europäischen Nachbarn, nicht nur für die Deutschen, wenn diese neue Regierung von den Christlich-Nationalen, die nicht nur in der Partei dieses Namens zu finden sind, und der KPN stark geprägt sein sollte. Vielleicht mag jetzt schon die Aussicht beruhigen, daß der neuen polnischen Regierung keine allzu lange Amtszeit beschieden und eine der Hauptaufgaben des Sejms die Verabschiedung eines neuen vernünftigeren Wahlrechts sein wird. Diese kann die innere Schwäche einer demokratischen Ordnung und zivilen Gesellschaft nicht vertuschen, sie erleichtert aber das Regieren.

Wie sehr das Wahlrecht die Parteienstärke beeinflusst, verdeutlichen die Ergebnisse der Senatswahlen. Aus ihnen ging die UD mit 21 von 100 Sitzen als eindeutiger Sieger hervor, gefolgt von der Gewerkschaft „Solidarność“ (11 Sitze), der WAK und der POC (je 8 Sitze). Im Senat stellt die postkommunistische Linke nur 4 Abgeordnete.

Dieter Bingen

„Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“

Ein Gespräch über Umweltpolitik mit Ernst Ulrich von Weizsäcker

Alle reden von der Umwelt. Aber das bedeutet nicht, daß über die weitere politische und technologische Entwicklung auf diesem Gebiet bereits weithin Konsens herrschen würde. Im Gegenteil. Manchmal kann man den Eindruck haben, daß manches, was sich auf den ersten Blick umweltfreundlich gibt bzw. im Namen der Umwelt unternommen wird, die das persönliche und wirtschaftliche Leben notwendigerweise verändernde Entscheidungen der Zukunft eher verschleiert denn vorbereiten hilft. Wir befragten zu diesem Thema den Biologen Ernst Ulrich von Weizsäcker, Direktor des Bonner Instituts für Europäische Umweltpolitik und Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, einer Einrichtung im Rahmen des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen. Von Weizsäcker gehört zu jenen Wissenschaftlern, die über Ansätze einer bisherigen klassischen Umweltpolitik hinauskommen wollen und Perspektiven für eine „ökologische Realpolitik“ der Zukunft entwickeln. Sein Buch „Erdpolitik“ (Darmstadt, 2. aktualisierte Auflage 1990) gilt als Standardwerk. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor von Weizsäcker, in der umweltpolitischen Literatur hat man die Auswahl: bei den einen Autoren ist es zehn vor bzw. fünf vor zwölf, bei anderen ist es bereits zehn nach zwölf. Wenn diese allgemeine Charakterisierung überhaupt Sinn macht – wieviel Uhr ist es denn in umweltpolitischer Hinsicht?

von Weizsäcker: Wenn sich die gegenwärtigen Zerstörungstrends fortsetzen und mit der Zunahme der

Bevölkerung auch noch verstärken, ist das Raumschiff Erde – wie es manchmal genannt wird – nicht mehr zu retten. Aber es gibt Anzeichen dafür, daß es der Menschheit und den Milliarden Einzelmenschen gelingt, eine Trendumkehr zu erreichen, wobei der Hauptakteur dieser Trendumkehr der Norden sein müßte und nicht – wie wir bequemerweise gerne glauben – der Süden.

HK: Was lange Zeit auf dem Gebiet der Umweltpolitik unerreichbar zu sein schien, ist seit einiger Zeit möglich: Ein Bundesminister für Umwelt ist selbstverständlich. Daß die Marktwirtschaft hierzulande nicht nur sozial, sondern obendrein auch ökologisch verpflichtet sein soll, darüber besteht im Kern Einigkeit – wenn auch nicht darüber, ob diese Bestimmung ins Grundgesetz gehört. Wirtschaftsführer verkünden, daß Ökologie und Ökonomie keineswegs Gegensätze sein müssen. Ein Unternehmen, das sich in seinen Produkten und seinen Herstellungsverfahren als umweltbewußt erweist oder darstellt, kann darauf rechnen, daß ihm dies zum Vorteil gereicht. Reicht das?

von Weizsäcker: Es ist eine äußerst erfreuliche Entwicklung, wenn sich Wirtschaftsführer dazu bekennen, daß Umweltschutz ganz hohe Priorität hat, daß er zur Chefsache geworden ist. Dieser Erkenntnisumschwung hat unter anderem den Grund, daß unsere Volkswirtschaft durch den vermehrten Umweltschutz tatsächlich leistungsfähiger, intelligenter, moderner geworden ist, daß ein Unternehmen, welches sich nicht dem Schutz der Umwelt verschreibt, bei den Endver-

brauchern wie Geschäftspartnern und auch bei den umworbenen Facharbeitern und Führungskräften an Kredit verliert und damit geschäftlich bestraft wird. Aber dieser jetzige Konsens trägt nicht weit genug, denn er basiert auf unserem in den Industrieländern erreichten Wohlstandsmodell, welches dadurch charakterisiert ist, daß wir pro Kopf ungefähr zehnmal so viel Natur verbrauchen wie die Menschen in den Entwicklungsländern. Diese Pro-Kopf-Verbräuche des Nordens lassen sich unter keinen Umständen auf fünf oder sechs Millionen Menschen ausdehnen. Deswegen ist auch die Sorte von Sauberkeit, die wir im Norden erreicht haben, für fünf oder acht Milliarden Menschen gar nicht finanzierbar. Weltweiter Umweltschutz ist aus ökologischen Gründen gar nicht möglich, solange es sich um die Art von sauberkeitsbezogenem Umweltschutz handelt, der heute allein bestimmend ist.

„Umwelt und Weltgerechtigkeit sind unauflösbar miteinander verbunden“

HK: Ist es Zufall, daß Sie so deutlich auf den Nord-Süd-Gegensatz eingehen? Eine Zeitlang sah es doch so aus, als lägen Umwelt- und Dritte-Welt-Bewußtsein weit auseinander. Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung ziehen sich gegenseitig, für die Fragen der jeweils anderen Seite nicht sonderlich sensibel zu sein.

von Weizsäcker: Da hat sich in der Tat ein erheblicher Bewußtseinswandel ergeben. Vor zehn Jahren kümmerten sich die Umweltschützer im wesentlichen um ihre nächstgelegenen Alleebäume, die gute Luft in ihrem Stadtviertel, den Müllberg vor der Haustür oder das Wasser im nahegelegenen Fließchen. Sie kümmerten sich nicht um die Regenwälder, das Ozonloch, den Treibhauseffekt oder die globalen Umweltzerstörungen insgesamt. Indem man realisiert, daß wir im Norden entscheidend Mitverursacher, wenn nicht gar Hauptverursacher der globalen Umweltzerstörungen sind, fängt es an, ein bißchen lächerlich und bigott zu werden, wenn wir nur an die lokale Umwelt denken, was ja der Hauptgegenstand der klassischen Bürgerinitiativen gewesen ist. Der Brundtland-Bericht – die von den Vereinten Nationen beauftragte Kommission, die ihn erarbeitete, wurde von der norwegischen Ministerpräsidentin *Gro Harlem Brundtland* geleitet –, erschien 1987, war vielleicht das bedeutendste politische Dokument der 80er Jahre und hat unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ klagemacht, daß Umwelt und Weltgerechtigkeit unauflösbar miteinander verflochten sind.

HK: Einer der klassischen Einwände gegen manche Züge von Umweltengagement und -politik ist der Vorwurf, dabei mögele man sich um die Kontingenz des Lebens und der Welt herum. Man wolle eine von Verunreinigung und zivilisatorischen Nachteilen jedweder Art freie schöne Welt und übersehe dabei, daß es so etwas nie geben werde. Trifft diese Kritik angesichts der gigantischen

Herausforderung, denen sich die Umweltpolitik gegenüber sieht, noch zu?

von Weizsäcker: Ich finde dies einen ungeheuer wichtigen Einwand. Es gibt selbstverständlich die Kontingenz des Lebens, wie Sie es nennen: Ungerechtigkeiten, momentane Vergiftungen, bei denen eigentlich nachher keine Schuld nachzuweisen ist. Eine völlig leidfreie Welt, eine sogenannte schöne neue Welt im Sinne von *Aldous Huxley* gehört mit zu den schrecklichsten Visionen und liegt ganz in der Nachbarschaft der Ökodiktatur. Hingegen: Daß man die Randbedingungen so verändert, daß diese fluktuierende Ungerechtigkeit, der wir ständig ausgesetzt sind und die wir nicht abschaffen dürfen und wollen, nicht gleichzeitig einen massiven und systematischen, eben nicht mehr kontingenten Zerstörungstrend beinhaltet, das ist eine völlig legitime Aufgabe der Umweltpolitik.

HK: Einerseits besteht heute ein geschärftes Umweltbewußtsein, andererseits soll dies aber langfristig nicht ausreichen. Worin unterscheidet sich die eigentlich notwendige Umweltpolitik von dem, was gegenwärtig bereits auf diesem Feld betrieben wird?

von Weizsäcker: Die „klassische“ Umweltpolitik kümmerte sich zunächst um die lokalen Verschmutzungen, den sogenannten Immisionsschutz oder um Qualitätszielsetzungen. Das führte häufig nur zu höheren Schornsteinen. Dann merkte man: Das ist nicht sehr vernünftig, also fing man die Emissionskontrolle gleich vor dem oder am Schornstein an, so daß gar nicht soviel Schmutz in die Atmosphäre oder die Flüsse gelangt. Aber das ist immer noch ein Umweltschutz „at the end of the pipe“ – am Ende der Röhre – und bedeutet, daß man zu einer existierenden Fabrik noch eine kleine Reinigungsfabrik dazu baut. Unbefriedigend bleiben auch Umweltverträglichkeitsprüfungen, die im wesentlichen eine Art Verlangsamungs- und Verhinderungspolitik sind, aber nicht eine Politik, welche die ökologisch-technologische Erneuerung besonders stimuliert.

HK: Hat die verpflichtende Einführung des Katalysators z. B. nicht mit dazu beigetragen, daß wir inzwischen bereits wieder mit einem erschreckend guten Gewissen viel und schnell Auto fahren?

von Weizsäcker: Die Entwicklung zum Katalysator ist hoffentlich irreversibel. Ich hoffe nicht, daß wir in fünf oder zehn Jahren, wenn wir noch mehr dazugelernt haben, wieder Autos ohne Katalysator fahren. Das Falsche daran ist in der Tat das gute Gewissen. Denn weiterhin produzieren die Autos Kohlendioxid, was den Treibhauseffekt stärkt. Sie produzieren Reifenabrieb und verbrauchen bei ihrer Herstellung ungeheure Energiemengen sowie eine Menge Material. Der Katalysator löst nur ein ganz bestimmtes chemisches Schadstoffproblem. Die Fixierung der deutschen Umweltpolitik auf Schadstoffbegrenzung ist generell eine Fehlentwicklung, die zugunsten eines weltweiten Umweltschutzes überwun-

den werden muß. Es müssen insgesamt der Energie- und Ressourcenverbrauch, der Beitrag zum Treibhauseffekt, der Wasser- und Landverbrauch pro Kopf sehr stark vermindert werden.

HK: Gegen solche Forderungen wird gerne eingewandt, Radikalkuren jedweder Art zu mehr Askese und Verzicht seien nicht durchsetzbar. Müssen wir uns in Zukunft mit etwas mehr Armut abfinden?

von Weizsäcker: Dieser Einwand ist zwar sehr verbreitet – aber von Armut kann gar keine Rede sein. Ich schlage lediglich vor, daß man Energie, Rohstoffe, Wasser, Landversiegelung Jahr für Jahr ein bißchen teurer macht, meinetwegen fünf Prozent pro Jahr, so daß die Technologieentwicklung in den nächsten fünfzig Jahren sich nicht mehr nur auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität konzentriert, sondern auch endlich auf die Erhöhung der Energieproduktivität, die über anderthalb Jahrhunderte praktisch überhaupt nicht zugenommen hat – mit der kleinen Ausnahme der Jahre 1974 bis 1982. Damals hat die Energieproduktivität zugenommen, weil die Preise für die Energie rapide anstiegen.

HK: Aber jede Verteuerung von zentralen Grundlagen der Industrieproduktion führt zunächst einmal zu einer Verteuerung der Produktionsprozesse und damit zu Nachteilen für Produktion und Handel. Sind diese Nachteile einfach zu vernachlässigen?

von Weizsäcker: Bleiben wir im Energiesektor. Der Einwand, höhere Energiepreise – das hatten wir doch in den siebziger Jahren gesehen – seien ein Nachteil für die Wirtschaft, stimmt so allgemein nicht. In den siebziger oder achtziger Jahren haben diejenigen Länder, die bei sich zu Hause ein hohes Energiepreisniveau gegen den Weltmarkt durchgesetzt haben, insbesondere die Japaner, aber auch die Italiener und einige andere, in gewissem, eingeschränktem Umfang auch wir Deutschen, einen besonders deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Die USA, die die Energiepreise nicht beeinflusst haben, so daß diese weitgehend niedrig blieben, sind dagegen wirtschaftlich zurückgefallen. In der Sowjetunion und in Osteuropa wurden die Preise sogar noch hinuntersubventioniert, und gleichzeitig ist die Wirtschaft völlig in die Brüche gegangen. Es gibt also keinen vernünftigen empirischen Hinweis darauf, daß hohe Energiepreise der Wirtschaft schaden. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Wenn man ein Signal setzt, welches eine Erhöhung der Energie- oder der allgemeinen Ressourcenproduktivität bewirkt, dann sollte man annehmen, daß die Volkswirtschaft dadurch reicher wird und nicht ärmer.

HK: Kommt angesichts der ungeheuren Herausforderung, der man sich umweltpolitisch gegenüberstellt, bei Umstrukturierungen dieser Größenordnung die Marktwirtschaft nicht doch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten? Immerhin verfügt man ja nicht über gesamtplanerische Institutionen, die hier die Richtung vorgeben könnten . . .

von Weizsäcker: Natürlich nicht. Es ist auch ein großes Mißverständnis zu glauben, daß der Staat alles im Detail planen müsse. Die eigentliche Kraft der Marktwirtschaft liegt darin, daß die Marktentwicklung die Details bestimmt und nicht der Staat. Nur: damit dieses nicht zur Umweltzerstörung führt, muß dafür gesorgt werden, daß die auf dem Markt wirksamen Preise auch die ökologische Wahrheit sagen. Das ist heute nicht der Fall. Deswegen beobachten wir (und denken folglich), daß der Markt die Umwelt zerstört. Das ist gar nicht naturgesetzlich, sondern gilt nur solange, wie die Preise nicht die ökologische Wahrheit sagen. In dem Moment, in dem sie es tun, verdient derjenige Unternehmer besser, der die Umwelt schont, als derjenige, der sie zerstört. Auch die entsprechende Technologieentwicklung geht dann in Richtung Natur- und Ressourcenschonung und wird auf einmal zum Gewinngeschäft für die Natur.

HK: Das zentrale politische Instrument, mit dem Sie diese wirtschaftliche Umstrukturierung bewerkstelligen wollen, ist eine sogenannte ökologische Steuerreform. Setzen Sie damit nicht doch mehr auf den Staat als auf den Markt?

von Weizsäcker: „Mehr“ ist das falsche Wort. Der Staat setzt den Rahmen. Der Markt optimiert die Ergebnisse in diesem Rahmen. Die ökologische Steuerreform, wie ich sie mir vorstelle, geht vom Grundansatz aus, daß man den Verbrauch von Natur besteuert und dafür unbedenkliche Dinge, wie menschliche Arbeit, Mehrwerterzeugung und allgemeine Gewerbeaktivität, steuerlich entlastet, so daß die steuerliche Gesamtbelastung überhaupt nicht zunimmt. Wenn dann der Markt die Verschmutzer und Energieverschwender bestraft, kann sich der Staat sogar aus mancher heutigen Regulierung getrost zurückziehen.

„Die ökologische Steuerreform ist der freiheitsförmigste Weg, mit dem ökologischen Imperativ fertig zu werden“

HK: Eine ökologische Steuerreform brächte somit eigentlich eher weniger Staat als mehr . . .

von Weizsäcker: Unbedingt. Der große Unterschied zwischen einer ökologischen Steuerreform und Sonderabgaben besteht genau darin, daß die Sonderabgaben, die sich die Umweltminister gerne ausdenken, wie z. B. die Abfallabgabe, die Abwasserabgabe, die CO₂-Abgabe, allesamt Mechanismen zur Erhöhung der Staatsquote sind. Ich bin trotzdem im großen und ganzen dafür. Nur müßten diejenigen Wirtschaftstheoretiker, die wie die Löwen gegen eine Erhöhung der Staatsquote kämpfen, eigentlich konsequenterweise gegen Sonderabgaben kämpfen, nicht aber gegen die ökologische Steuerreform.

HK: Der große Unterschied zu herkömmlichen Steuern bestünde darin, daß der Ertrag aus ökologischen Steuern – sollten sie denn die erhoffte Wirkung tatsächlich zeigen – auf mittlere und langfristige Sicht abnehmen würde. Für

einen Finanzminister wären das keine rosigen Aussichten. Wie wollen Sie ihn dann dennoch für ein solches Konzept gewinnen?

von Weizsäcker: Der Finanzminister, das ist verständlich, hat lieber Steuern, die automatisch steigen, so daß er alle zehn Jahre verkünden kann, wir machen jetzt eine Steuerentlastung. Das geht bei Umweltsteuern nicht. Wenn uns aber der ökologische Imperativ zu einem ökologischen Steuersystem zwingt, wird auch der Finanzminister dabei ganz gut leben; ich schlage ja eine laufende Erhöhung für wenigstens 20, lieber 30–40 Jahre vor, während derer das Aufkommen zunimmt, so daß Spielraum für die Senkung anderer Steuern bleibt.

HK: Kann sich die Wirtschaft mit einer ökologischen Steuerreform anfreunden?

von Weizsäcker: Diejenigen Branchen, die überdurchschnittlich verlieren, also die schmutzintensiven, die energie- und rohstoffintensiven Branchen, haben ein natürliches Interesse an der Verhinderung einer ökologischen Steuerreform. Es gibt aber auch die intelligenzintensiven Branchen, für die immerhin wirtschaftliche Profite winken. Im übrigen schlage ich einen so langsamen Anstieg vor, fünf Prozent pro Jahr, daß man praktisch alle heute getätigten Investitionen noch regelrecht buchhalterisch abschreiben kann, so daß es keine Investitionsruinen gibt.

HK: Haben Sie angesichts der drängenden Probleme auf dem Umweltsektor nicht sogar ziemlich viel Geduld?

von Weizsäcker: Wenn mir einer einen schnelleren Weg zeigt, bin ich sofort dabei. Aber ich halte die ökologische Steuerreform schon für einen ungeheuren Galoppweg. Wenn Sie sich vorstellen, daß Wirtschaft und Staat ein klares Signal bekommen, daß jede Mark in die existierende Dinosauriertechnologie eine Fehlinvestition ist, daß sich nur noch eine Mark rentieren wird, die in umweltverträgliche Technologie und Produktionen investiert wird, dann werden Sie sehen, wie auf einmal die angesparten Millionen der Zahnärzte und anderer Investoren für die Umwelt eingesetzt werden statt in die Zerstörung der Umwelt. Das Investitionskapital hat eine ungeheure wirtschaftliche Wucht, die weit über das hinausgeht, was die heutige Umweltpolitik auslösen kann.

HK: Finanzwissenschaftler wenden ein: Das gesamte Steuersystem auf ein solches Anliegen hin zu trimmen, wäre – was die Gesamtsystematik der Steuern angeht – ein präzedenzloser Vorgang. Es stünden Umverteilungen von gigantischem Ausmaß ins Haus . . .

von Weizsäcker: Es handelt sich in der Tat um eine großflächige Veränderung, die man sich natürlich sehr gut überlegen muß. Aber die ökologische Steuerreform läßt sich weitgehend verteilungsneutral ausgestalten. Alle anderen Versuche, den Preisen die ökologische Wahrheit aufzuprägen, erfordern so viel mehr Staatseingriffe, daß man dabei ganz nahe an eine Ökodiktatur herankäme. Eine ökologische Steuerreform ist einfach der freiheitsförmigste Weg, um mit dem ökologischen Imperativ fertig zu werden.

HK: Bei der Suche nach neuartigen Steuerungsinstrumenten in der Umweltpolitik wird immer wieder auch die Zertifikatslösung genannt. Auch sie animiert die Wirtschaftskräfte dazu, auf Schädigung des natürlichen Umwelt zu verzichten, anstatt unterhalb des gesetzlich festgelegten Grenzwertes munter weiter zu verschmutzen. Welche Rolle können Zertifikate spielen?

von Weizsäcker: Zunächst einmal haben Zertifikate – handelbare Verschmutzungserlaubnisse – den großen Vorteil gegenüber Grenzwerten, daß sie die Marktkräfte für die Verminderung der Verschmutzung viel stärker einsetzen, so daß alle Umweltökonomien von den Zertifikaten begeistert sind. Das Problem ist nur die praktische Durchführung und Kontrolle. Bei einem Grenzwert haben wir bloß eine Ja-Nein-Entscheidung. Die Werte liegen drüber oder drunter. Bei Zertifikaten müßte man über die ganze Zeit hinweg, Tag für Tag, nicht nur die Ja-Nein-Entscheidung treffen, sondern auch noch sagen: 30 Prozent der Erlaubnis habe ich gerade verbraucht, am nächsten Tag 35 Prozent, dann 45 Prozent usw. Sie müssen unausgesetzt messen und kontrollieren. Der ganze ökonomietheoretische Vorteil löst sich in Luft auf, sobald man in die reale Meßproblematik einsteigt.

„Mit einem Verbotsschilderwald provoziert man naturgemäß die Gegenreaktion“

HK: Ihnen ist nicht nur daran gelegen, ein möglichst freiheitsförmiges Modell zu finden, Sie sprechen in Ihren Veröffentlichungen auch ohne Umschweife von einem „Wohlstandsmodell“, so als müsse man in den Industrieländern nicht Abschied von der Wohlstandsorientierung nehmen, sondern sich allenfalls umorientieren in dem, was als Wohlstand empfunden werde. Bestärken Sie damit nicht im Grunde die Menschen genau in dem, was uns in Sachen Umwelt die genannten Schwierigkeiten gebracht hat?

von Weizsäcker: In meinem Buch „Erdpolitik“ spreche ich sogar ungeniert von „Luxus“ im Jahrhundert der Umwelt, weil ich der Meinung bin, daß durch Predigten von Moralaposteln weder das Wohlstandsbestreben noch die gelegentliche Lust am Luxus ausgerottet werden kann. Das hat die chinesische Revolution ebensowenig geschafft wie die französische und die russische. Ich glaube im übrigen, daß man aus einem Faß Öl fünfmal so viel Wohlstand herausholen kann wie heute, daß man also die Produktivität von Rohöl um einen Faktor fünf vermehren kann. Dann bedeutet eine Fünftelung des Ölverbrauchs überhaupt keinen Verzicht mehr, sondern man hat dann ähnlich viel Lebensfreude und Energiedienstleistungen wie heute. Vermutlich – im Effekt – sogar mehr; Lebensfreude nicht zuletzt im kulturell-geistigen Bereich. Es wäre psychologisch-politisch, aber auch sachlich falsch, so zu tun, als gäbe es nur die Alternative, entweder im Wohlstand zu prassen und die Natur zu ruinieren oder in Sack und Asche zu gehen und die Natur zu schonen.

HK: Wie steht es mit möglichen Abwehrreaktionen der Bevölkerung gegenüber solchen umweltpolitischen Vorgehensweisen und Denkmodellen? Die „Autopartei“ in der Schweiz, erst unlängst wieder mit erheblichen Zuwächsen an Abgeordneten in der ersten Kammer des Bundesparlaments bedacht, ist doch ein deutliches Symptom für massive Abwehrreaktionen . . .

von Weizsäcker: Das ist eine gewisse Gefahr. Sie wird umso größer, je mehr man versucht, den ökologischen Imperativ mit autoritären, polizeistaatlichen, bürokratischen Mitteln zu erfüllen. Die Schweizer Umweltgesetzgebung – ähnlich wie die deutsche oder die holländische – ist ein einziger Verbotsschilderwald. Das war zwar in der Vergangenheit nicht unberechtigt. Es gab ja schließlich so viel Zerstörerisches, was noch nicht verboten war. Aber mit einem Verbotsschilderwald provoziert man naturgemäß die Gegenreaktion, die unter Umständen entweder politisch radikal oder gar terroristisch werden kann. Wenn man dagegen mit freiheitsförmigen Eingriffen operiert, die die Lebensqualität weitgehend erhalten, womöglich sogar noch vermehren, bin ich nicht besonders besorgt. Dies ist aber immer – wie überall in der Politik – ein recht schwieriger Optimierungsvorgang, eine Gratwanderung.

HK: So freiheitsförmig sich Ihr Vorgehen zunächst auch ausnimmt, im Ergebnis bedeutet es aber eben doch einen radikalen Eingriff in bestehende Gewohnheiten und vertraute Gegebenheiten. Unterschätzen Sie da möglicherweise nicht doch manche Schwierigkeiten?

von Weizsäcker: Ich glaube nicht. Fünf Prozent pro Jahr Preissteigerung für Energie bedeutet bei einem Energiekostenanteil der Privathaushalte von sechs Prozent – das ist hoch geschätzt – eine Verteuerung der Lebenshaltung um 0,3 Prozent pro Jahr. Das spürt man fast nicht. Außerdem wird sich gleichzeitig die Energieeffizienz des Heizens, Beleuchtens, Autofahrens usw. vermehren, sagen wir um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Dann bleibt von der Verteuerung nur noch die Hälfte übrig, also 0,15 Prozent. Und dieses wird auch noch überkompensiert durch Verbilligungen an anderer Stelle, etwa durch Senkung der Mehrwertsteuer. Und so erreicht man ohne jeden Wohlstandseinbruch nach 14 Jahren eine Verdoppelung, nach 28 Jahren eine Vervierfachung, nach 42 Jahren eine Verachtfachung der Energiepreise. Eine Rebellion gäbe es nur, wenn man Benzin oder Heizöl schlagartig um 100 Prozent verteuern würde. Wenn die Verteuerung sanft vor sich geht, dann wird der Autokäufer nächstes Mal ein effizienteres Modell kaufen, und haben die öffentlichen Verkehrsbetriebe Zeit, ihr Angebot zu erweitern und komfortabel zu machen. Sie werden auf einmal Fahrräder und Mopeds befördernde Busse und Bahnen fahren lassen und für die langen Strecken Intercity-Züge, in die man unten mit einem kleinen City-Car hineinfahren kann – eine Idee von *Frederic Vester*. Es wird innerhalb von fünf, zehn, dreißig Jahren so viele Innovationen im Verkehr, in der Haus-

technik, in der Industrie geben, daß in jedem Jahr Angebot und Preis in einer ganz vernünftigen Relation zueinander stehen.

HK: Umweltpolitik ist in den letzten Jahren immer weniger ausschließlich ein Thema der Innenpolitik, sondern hat begonnen, ein bedeutsames Thema der Außenpolitik zu werden. Der jüngste Besuch von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in Brasilien zeigte dies erneut. Hat im vereinten Deutschland die außenpolitische Seite der Umweltpolitik eigentlich schon das Gewicht, das ihr von der Sache her zukommt?

von Weizsäcker: Sicher nicht ausreichend, aber immerhin hat Deutschland in einigen international wichtigen Fragen eine Führungsrolle übernommen, zunächst einmal vor allem in Europa. Da ging es um den Katalysator, die Nordseekonferenz, Alpenschutz und neuerdings die CO₂-Reduktion. Hier hat sich die Bundesregierung große internationale Verdienste erworben. Bei der Nord-Süd-Auseinandersetzung kommen wir aber schnell an den Punkt, wo der Süden sagt: Euer Katalysator, eure Rauchgasentschwefelung, eure extremen Trinkwasserstandards interessieren uns nicht. Das hat überhaupt nichts mit dem Problem Umwelt und Entwicklung zu tun . . .

„Der Norden und der Süden haben eine eingeschränkte Souveränität“

HK: . . . wohl aber mit den völlig andersgearteten politischen Prioritäten der Entwicklungsländer . . .

von Weizsäcker: . . . auch, aber vor allem sagen die uns: Ein Deutscher verbraucht trotz Katalysator zehnmal mehr Natur als ein Ägypter. Wenn ihr mit eurer Sauberkeit ankommt, seid ihr immer noch nicht glaubwürdig. Ihr verbraucht zuviel.

HK: Was bedeutet die globale Umweltproblematik eigentlich langfristig für unsere Vorstellungen von staatlicher Souveränität?

von Weizsäcker: Erst vor wenigen Tagen hörte ich eine bemerkenswerte Äußerung der Leiterin des Grundsatzreferats im Hause Töpfer. Sie sagte, auch als Meinung des Ministers, für partnerschaftliche Verhandlungen zwischen Norden und Süden brauche man die Vorstellung, daß beide Teile eine eingeschränkte Souveränität hätten, nicht nur der Süden. Wir müssen also auch an uns den Vorwurf des Südens heranlassen, daß er aus ökologischen Gründen unser nördliches Wohlstandsmodell nicht akzeptieren kann. Nicht nur wir im Norden können die Vernichtung der Regenwälder nicht akzeptieren. Diese Aussage könnte ich voll unterschreiben. Bundeskanzler Kohl dürfte in dieser Sache schon weiter sein als beispielsweise der französische Staatspräsident Mitterrand, der in Brasilien auf diplomatisch erheblich größere Widerstände stieß, weil er nur von der eingeschränkten Souveränität Brasiliens sprach.

HK: Auch in der Umweltpolitik lassen sich wichtige Entscheidungen schon seit geraumer Zeit nicht mehr im nationalen Alleingang, sondern nur noch über die Europäische Gemeinschaft fällen. Könnte der Binnenmarkt auch in der Umweltpolitik zum Alibi der Verhinderung mancher notwendiger gesetzlicher Verschärfungen werden?

von Weizsäcker: Ich begrüße den Binnenmarkt sehr. Er ist eine konsequente Fortentwicklung der europäischen Einigung. Der Binnenmarkt ist schon im EWG-Vertrag von 1957 angelegt, wurde dann aber lange Zeit verzögert. Es ist vielleicht das politisch bedeutsamste Nachkriegsergebnis, daß die Europäer, die sich jahrhundertlang gegenseitig die Köpfe eingeschlagen haben, in dieser Europäischen Gemeinschaft zusammengefunden haben. Das muß konsequent zum Fallen aller Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital führen. Für die Umwelt bedeutet das Fallen der Grenzen andererseits zunächst einmal eine vergrößerte Gefährdung. Mehr Wirtschaftsaktivität, mehr Transport, auch eventuell mehr Transport von Abfällen und die Möglichkeit, daß Regelungen, die meinerwegen in Portugal im Umweltschutz für ausreichend angesehen werden, auf einmal auch bei uns akzeptiert werden müssen – so Artikel 100 b des EWG-Vertrags. Aber eine diese Gefahren für die Umwelt kompensierende EG-Umweltpolitik ist möglich. In dem Maß, wie sich die EG von einer stark bürokratischen Umweltpolitik ab- und einer Umweltpolitik der veränderten Rahmensetzungen durch sogenannte ökonomische Instrumente zuwendet, steigen die Chancen für die Umwelt. Und die EG ist auf dem Wege, über das Fünfte Umweltaktionsprogramm gerade die Betonung ökonomischer Instrumente, einschließlich Umweltsteuern, zu ihrer zentralen Programmatik für die Jahre 1993 ff. zu machen.

HK: Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt sich die Bundesrepublik bzw. deren politische Führung gerne als Vorreiter einer geschärften umweltpolitischen Sensibilität. Als Beispiel muß hier immer wieder der Katalysator und dessen schwierige politische Durchsetzung auf europäischer Ebene herhalten. Inwieweit ist dieser Stolz eigentlich berechtigt, und trifft er auch für die neueren umweltpolitischen Konzepte zu? Oder sind die Unterschiede zwischen den EG-Ländern inzwischen gar nicht mehr so groß?

von Weizsäcker: Rechtlich sind die Unterschiede nicht sehr groß, denn es gibt ja die Verabschiedung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft, die dann für den gesamten Gemeinschaftsbereich gelten. Deswegen bleibt als Hauptunterschied die Durchsetzung des Umweltrechts. Die ist in England, Holland, Deutschland besser als in Italien, Griechenland, Spanien. Das ist für mich einer der wichtigsten Ansatzpunkte gewesen: Das Institut für Europäische Umweltpolitik hat jahrelang systematisch die Umsetzungsgüte für EG-Umweltrichtlinien untersucht und dabei diese Diskrepanzen festgestellt. Dabei hat sich im übrigen gezeigt, daß es auch für

Deutschland in bezug auf die Umweltrichtlinien erhebliche Vollzugsdefizite gibt.

HK: Hat dieser Unterschied in der Umsetzungsgüte seine Ursache im Umweltrecht als solchem bzw. in der unterschiedlichen Sensibilität für Umweltfragen in den betreffenden Ländern, oder wirken sich hier lediglich Unterschiede im administrativ-staatlichen Handeln überhaupt aus?

von Weizsäcker: Die EG-Richtlinien atmen preußischen Geist, Polizeirechtlichkeit. In der Rechtskultur des Mittelmeers ist das nun einmal etwas recht Fremdartiges. Man soll sich daher nicht wundern, wenn eine aus preußischem Geist geborene Richtlinie aus Brüssel in Sizilien nicht besonders gut respektiert wird. Wir sollten deshalb eine Umweltpolitik machen, die den realen Gegebenheiten im Mittelmeerraum besser Rechnung trägt, wohlstandsverträglicher ist, weniger Bürokratie und Polizei erfordert und auch der dortigen Mentalität mehr entgegenkommt. In dem Zusammenhang kam ich auf die ökologische Steuerreform. Als ich vor drei oder vier Jahren hier in Deutschland sagte, daß wir das in Europa machen müßten, erwiderten meine deutschen Gesprächspartner immer: Das wird doch die EG-Kommission bzw. die EG genauso verhindern, wie sie versucht hat, den Katalysator zu verhindern. Inzwischen ist absehbar, daß es genau andersherum kommen wird. Italien, aber auch andere Mittelmeerländer werden mit dem Vorschlag von Umweltsteuern zuerst anfangen und Deutschland wird der Bremsen sein.

„In Osteuropa unterliegt die Umwelt im Konflikt mit der Wirtschaft“

HK: Welche Chancen geben Sie der ökologischen Steuerreform auf längere Sicht in den Ländern, die gegenwärtig noch zurückhaltend sind, vor allem aber auch in Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft?

von Weizsäcker: Inzwischen hat sich das Gedankengut so weit verbreitet, daß ich ganz unbesorgt bin, daß es sich auch in Deutschland nach und nach durchsetzt. Ich habe das Gefühl, daß in wenigen Jahren in der EG in dieser Richtung Einigkeit zu erzielen ist. Schwieriger wird es mit den USA. In Osteuropa hat man den unerläßlichen gigantischen Sprung in den Energiepreisen schon gehabt, so daß man da vielleicht eine gewisse Atempause akzeptieren müßte, bevor man noch weiter geht. Wenn man sich zur Marktwirtschaft bekennt – was ja nun weltweit der Fall ist –, dann muß man dafür sorgen, daß in diesem Markt die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Das findet mehr und mehr Konsens.

HK: Wie hat sich in Osteuropa die veränderte Haltung zur Marktwirtschaft im Gefolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regimes auf die Umweltpolitik ausgewirkt? Manche Probleme – wie etwa in der ehemaligen DDR – können erst jetzt mit der nötigen Offenheit angegangen werden. Muß in Zeiten eines wirtschaftlichen Umbruchs nicht fast zwangsläufig die Umweltpolitik leiden?

von Weizsäcker: Insgesamt hat sich in Sachen Umweltbewußtsein – darüber kann für mich gar kein Zweifel bestehen – in jüngster Zeit eine Rückentwicklung ergeben. Vor zwei Jahren konnte man etwa in der DDR noch mutig auf die Straße gehen und für mehr Umweltschutz eintreten – damals war es ja noch das Geld der Kommunisten, das ausgegeben werden sollte. Jetzt ist es auf einmal das eigene Geld, und da ist man doch sehr viel vorsichtiger. Die Prioritätsverschiebung in Ostdeutschland, in Polen, in Rußland, in Ungarn usw., wo die Umweltschützer – früher einmal – die Hauptmotoren des politischen Wandels waren, die Umorientierung auf eine pragmatische, wohlstandsorientierte und automobilintensive Wirtschaftspolitik hin ist beklagenswert, aber andererseits auch nicht weiter verwunderlich.

HK: Vorgedacht und erstritten wurde vieles von dem, was inzwischen aus der Umweltpolitik kaum mehr fortzudenken ist, auch im Westen von einer Ökologiebewegung im vor- und außerpolitischen Raum, die sich nach und nach erst Gehör in der Politik erwerben mußte. Hat diese Bewegung ihre historische Aufgabe im wesentlichen erfüllt und kann von der Bühne abtreten?

von Weizsäcker: Auf keinen Fall. Sie hat getan, was sie konnte. Sie ist heute vielerorts politisch im Abseits. Man muß vom Westen her – auch von den Umweltverbänden – alles tun, um sie am Leben zu erhalten und zu ermutigen. Gleichzeitig muß man alles tun, um wohlstands- und wirtschaftsverträgliche Strategien des Umweltschutzes auch in Osteuropa zum Durchbruch zu bringen. Im Konflikt mit der Wirtschaft unterliegt die Umwelt heute dort.

„Berechtigte Ansprüche zu einem gerechten Ausgleich bringen“

Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zum Umgang mit dem Enteignungsunrecht in der ehemaligen DDR

Am 21. Oktober wurde eine gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zu der schwierigen Frage veröffentlicht, wie mit enteignetem Besitz in der ehemaligen DDR verfahren werden soll. Die beiden kirchlichen Leitungsgremien plädieren in ihrem Diskussionsbeitrag für möglichst gerechte Lösungen, die die Interessen der früheren Eigentümer ebenso berücksichtigen wie die der jetzigen Besitzer bzw. Nutzer und sich am Gemeinwohl orientieren. Wir veröffentlichen die Stellungnahme im Wortlaut. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

„Einer aus der Volksmenge bat Jesus: Meister, sag meinem Bruder, er soll das Erbe mit mir teilen. Er erwiderte ihm: Mensch, wer hat mich zum Richter oder Schlichter bei euch gemacht? Dann sagte er zu den Leuten: Gebt acht, hütet euch vor jeder Art von Habgier. Denn der Sinn des Lebens besteht nicht darin, daß ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluß lebt“ (Lukas 12, 13–15).

„Zum Teil völlig unübersichtliche Verhältnisse“

Nach 1945 ist es zunächst in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR zu umfangreichen Enteignungen gekommen. Die Praxis der Enteignung und Verdrängung aus dem Eigentum war bestimmt von dem politischen Ziel der Beseitigung und Schwächung des Privateigentums an Grundbesitz und an Produktionsmitteln.

Sie orientierte sich weitgehend nicht an Gerechtigkeits-erwägungen, sondern an ideologischen Vorgaben und erfolgte vielfach in chaotischer Verfahrensweise und unter Ausnutzung fingierter oder absichtlich herbeigeführter Enteignungsgründe. Zugleich aber haben Einzelpersonen wie auch Einrichtungen und Organisationen in der ehemaligen DDR enteignetes, verlassenes oder treuhänderisch verwaltetes Eigentum auf verschiedene Weise erworben oder zur Nutzung übertragen erhalten.

Im Ergebnis haben wir es heute mit ungeordneten, zum Teil völlig unübersichtlichen Verhältnissen zu tun. Dem mißachteten Recht und der Verbitterung der durch Eigentumsentzug Geschädigten und ihrer Rechtsnachfolger stehen das Recht und die existentielle Verunsicherung der jetzigen Eigentümer und Besitzer gegenüber. Daraus ergeben sich Konflikte, deren Schlichtung bei ungünstigem Verlauf lange dauern und womöglich zu einem Ergebnis führen wird, mit dem die Beteiligten aus sehr verständlichen Gründen unzufrieden sind. Das beschwert das Rechtsempfinden, es kann zur Belastung für den inneren Frieden werden.

Das Enteignungsunrecht hat zudem eine historische Dimension: Manchen Enteignungen nach 1945 ist die Enteignung jüdischen Eigentums zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft („Arisierung“) vorausgegangen. Das Unrecht, das in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR geschehen ist, geht über den Entzug von Grundeigentum weit hinaus. Viele Menschen büßten ihre Freiheit ein. Lebenschancen wurden auf Jahre, oft für das ganze Leben beeinträchtigt, nicht wenige verloren gar ihr